



## **Merkels Flüchtlingspolitik in der Diskussion**

**Ein Korreferat zum gleichnamigen Aufsatz von R. Crusius**

*Heinz Gess*

*Zitation: Gess, Heinz (2016): Merkels Flüchtlingspolitik. Ein Korreferat zum gleichnamigen Aufsatz von R. Crusius, in: Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2016 bei [www.kritiknetz.de](http://www.kritiknetz.de), Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Am 10. 2. 2016 habe ich im Kritiknetz einen Aufsatz von Reinhard Crusius veröffentlicht, der „Merkels Flüchtlingspolitik“ scharf kritisiert. Ich teile diese Kritik nicht in allen Punkten, hielt die Übereinstimmungen aber für hinreichend, um sie im Kritiknetz zu veröffentlichen, zumal in der in den Medien veröffentlichten Meinung Kritik an der Flüchtlingspolitik Merkels tabuisiert wird und selbst dann, wenn sie empirisch zutreffend, argumentativ richtig und kritisch-emanzipatorisch ausgerichtet ist, als rechts gerichtet oder der AfD in die Hände spielend stigmatisiert wird. „Unsere Bundeskanzlerin“ Merkel dagegen wird durchweg in höchsten Tönen als Personifizierung des wieder gut gewordenen Deutschlands, als Lichtgestalt deutschen Wesens, an dem die Welt genesen soll, aufs Tapet gehoben; Wer das neue, gute Deutschland ist, der ist eins mit Merkel und wer dabei nicht mitmacht, gehört sehr rasch nicht mehr dazu. Da beeilen sich die Meisten, sich nur ja keine kritische Blöße zu geben, weil dazugehören und dabei zu sein bekanntlich alles ist, während sich die anderen unter diesem Konformitätsdruck und angesichts der fehlenden öffentlichen Präsenz einer an der kritischen Theorie der Gesellschaft und der Kritik der globalen politischen Ökonomie orientierten Interpretation der gegenwärtigen Weltlage, sich der rechten Querfrontalternative für Deutschland zuwenden. Richtig wäre für eine gesellschaftskritische, emanzipatorische Linke dagegen, das eine zu tun und das andere gleichwohl nicht zu lassen. Das heißt in dieser historischen Situation: die konservativ-revolutionäre, neofaschistische Wende als das noch Schlechtere im Vergleich zur bestehenden schlechten Herrschaft mit den Waffen der Kritik aufs Schärfste zu bekämpfen, aber gleichwohl nicht von der Kritik des bestehenden schlechten Zustandes zu lassen, aus dem das noch Schlechtere erwächst. Genau das tut Reinhardt Crusius in seinem Aufsatz. Er ist einer der wenigen, der keinen Zweifel daran lässt, dass es sich bei der AfD und damit verwandten politischen Bewegungen um das noch Schlechtere des schlechten Bestehenden handelt, lässt aber gleichwohl darum nicht davon ab, den bestehenden schlechten Zustand und die damit konforme Politik Merkels zu kritisieren, in der Absicht, bessere Wege aufzuzeigen, die der AfD den Wind aus den Segeln nehmen könnten. Deswegen habe ich seinen Aufsatz gern im Kritiknetz veröffentlicht, wengleich ich mich auch an einigen Passagen des Textes gestoßen habe und manches vermisst habe, was

meines Erachtens in die Kritik der Merkel'schen Politik dringlich gehört hätte. Das möchte ich im Folgenden näher ausführen.

### 1. zu Helmut Schmidt

Der Artikel von Crusius hebt an mit einer Lobeshymne auf den kürzlich verstorbenen Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis 1982 und danach Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT. Ihm wird von Crusius bescheinigt, dass "er ein zielbewusster, analytisch und in historischen Zusammenhängen denkender, sich nicht in den Ackerfurchen der Meinungsforschung verkriechender Akteur war, der gründlich durchdacht hatte, was er tat, und es entsprechend „dem Volk“ erklären konnte – und das auch leidenschaftlich tat. Das ist für mich die Folie für mein Bild von Merkel...“ An dieser „Folie“ des Urteils gemessen schneiden die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Politik sehr schlecht ab. Sie sei all das nicht, was bei Helmut Schmidt gerühmt wird, sondern „verkrieche sich in den Ackerfurchen der Meinungsforschung“ und mache Politik auf kurze Sicht ohne langfristige, durchdachte Zielsetzung.

Diese Lobeshymne ist typisch für die öffentliche Meinungsmache über Helmut Schmidt hierzulande, seit Helmut Schmidt als Herausgeber und Autor der ZEIT fungierte, der mit dem Gestus des überlegenen deutschen Geistes und überragenden älteren Staatsmannes, in der ZEIT seine Bescheide erteilte, die üblicherweise sogleich von der öffentlichen Meinungsmacheindustrie übernommen und als der Weisheit letzter Schluss verkauft wurden.

Wer meine im Kritiknetz veröffentlichten Artikel über Helmut Schmidt und die Politik des Wochenblattes DIE ZEIT unter ihm als Herausgeber kennt, wird wissen, dass ich diese Lobeshymne auf Helmut Schmidt nicht teile. Meine andere Ansicht über Helmut Schmidt habe ich, weil sich in diesen Tagen (nach dem Tode von Helmut Schmidt) die Lobeshymnen

über ihn häufen, in einem kleinen Aufsatz dargelegt. Ich beschränke mich dabei auf diejenigen Punkte, in denen sie der öffentlichen Meinungsmache durch u. a. DIE ZEIT und dem öffentlichen Staatsfernsehen und Staatsfunk widerspricht, mit der Crusius konform geht. Um Wiederholungen zu vermeiden verweise ich auf diesen Artikel: „Keine Lobeshymne auf Helmut Schmidt“ - <http://www.kritiknetz.de/sozialarbeitsozialpolitik/1327-keine-lobeshymne-auf-helmut-schmidt>

### 2. zur Forderung, die UNO zu stärken

R. Crusius fordert „eine positive Stärkung der UNO“ und schreibt dazu: *„Die UNO wird gerade angesichts der Flüchtlingsproblematik immer wichtiger – und wir haben nur sie!“* Ich teile diese Forderung und die darin anklingende Hochschätzung der UNO, wie sie ist, nicht. Auch die Begründung dafür, nämlich „wir haben nur sie“ halte ich für wenig überzeugend. Denn erstens, nur weil wir etwas haben, muss es nicht „positiv“ sein, nicht einmal, wenn wir nur das haben. Denn was ist, kann auch zum Besseren verändert werden oder durch neues Besseres ersetzt werden. Das hielte ich in Bezug auf die UNO für vordringlich. Ich halte überdies das „wir“ in „wir haben nur die UNO“ für falsch. Nicht „wir“ haben die UNO, sondern die „Nationalstaaten“ haben die UNO. Nationalstaaten aber sind bekanntlich politische Herrschaftsformen, strukturell und personell eng verbunden mit dem jeweiligen Standortkapital, zudem hoch bewaffnet und in den meisten Fällen auch bereit, diese Waffen zum Schutz eigener Geschäfts-, Macht- oder ideologischer Interessen gegen schwächere Nationen oder Minderheiten, die nicht spüren, rücksichtslos einzusetzen. Die wenigstens von ihnen haben zudem die Form einer demokratischen Repu-

blik, in der Menschen Grundrechte genießen, die denen der Artikel 1 bis 6 des GG auch nur entfernt nahe kommen und in denen der Einsatz militärischer Gewalt demokratischen Kontrollen unterliegt. Zwischen ihnen herrscht mehr oder weniger jener Zustand, den Hobbes als „Naturzustand“ beschreibt, in dem jeder des anderen Wolf ist. So geht es im Verhältnis zwischen den Nationen zu, und das spiegelt sich getreulich in der Organisation der Vereinten Nationen, die sich so gut wie nie verständigen können, um einen gerade stattfindenden Völkermord zu verhindern, und deren gegenseitige Schuldprojektionen höchstens mal dazu führen, die schwächste Nation unter allen, jene eine mit dem Alleinstellungsmerkmal, weil es zwar viele Nationen mit muslimischer, christlicher, buddhistischer Mehrheit gibt, aber eben nur eine und dazu verschwindend kleine mit jüdischer Mehrheit, schuldig zu sprechen und von ihr zu erwarten, dass sie das Opfer des Unschuldigen für die schuldige Mehrheit vollbringt. Es ist eine gefährlich falsche Illusion, in dieser Lage den Menschen vorzugaukeln, es gäbe ein international geltendes Völkerrecht. Das kann es de facto nicht geben, solange es keinen Weltsouverän gibt, der für seine Einhaltung garantieren kann. Aber wäre ein solcher Weltsouverän unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus überhaupt wünschenswert? Mir graut davor! Nicht der kapitalistische totale (Welt-) Staat und totale Markt ist das Ziel der menschlichen Emanzipation, dem sich die kritische Theorie verschrieben hat, sondern die Emanzipation von Kapital und dazugehörigem Staat in der wie auch immer herrschaftsfrei zu organisierenden internationalen Assoziation freier Produzenten. Solange dieses Ziel aber wegen der Übermacht der Kräfte, die ihm entgegenstehen, nicht zu verwirklichen ist, strebt sie als „minima moralia“ (Adorno) an, wenigstens das Schlimmste zu verhindern, nämlich dass sich ein neues Auschwitz wiederhole oder Ähnliches geschehe. (Adorno)

### **3. Zur Politik der Auslagerung des Grenzregimes in die Türkei und die katastrophalen Folgen für die Kurden**

Zur Kritik an der Flüchtlingspolitik Merkels hätte auch die Kritik der Auslagerung der Sicherung und Kontrolle der Grenzen des politischen Gemeinwesens (Staates) gehört. Die Grenzsicherung ist unverzichtbarer Bestandteil staatlicher Souveränität. Nur und nur der Staat, der nach der Verfassung als demokratische Republik verfasst sein muss und die Grundrechte seiner Staatsbürger sowie die allgemeinen und universellen Menschenrechte, wie sie in der Verfassung artikuliert sind, ist im Ausnahmefall, der durch demokratische Gesetze und Verfahren festgestellt werden muss, berechtigt, zum Schutz seiner Grenzen legitime Gewalt anzuwenden. Dieses Recht ist Bestandteil seiner Souveränität als Inhaber des Monopols legitimer Gewaltanwendung. Die schon seit vielen Jahren betriebene Auslagerung der Grenzsicherung an Staaten Nordafrikas (früher Libyen, Marokko) und nun die Türkei, die dafür 3 Milliarden Euro erhalten soll, ist mit dieser Verpflichtung des Staates völlig unvereinbar. Gewiss wird das Grenzregime, das die Türkei im Auftrag der BRD einrichtet, nicht den Anforderungen genügen, die das Grundgesetz der BRD an ein solches Regime stellt. Die gegen Flüchtlinge angewandte Gewalt wird um ein Vielfaches höher sein, als er es an der deutschen Grenze wäre, wenn es überhaupt dazu käme. Ich korrigiere mich: Sie würde nicht nur um ein Vielfaches höher sein, sie ist es heute schon. Denn so rücksichtslos und brutal wie solche ideologisch verblendeten Führer überall auf der Welt agieren, hat auch Erdogan, der Führer der scheindemokratischen AKP, den Friedensprozess mit den Kurden in der Türkei, namentlich der kurdischen Arbeiterpartei, von oben herab aufgekündigt, nachdem ihm die pro-kurdische Partei (HDP) bei den letzten noch einigermaßen demokratisch zu nennenden Wahlen mit 13,12 % zu

stark geworden war und die islamistische AKP die absolute Mehrheit verloren hatte. Er hat die Hasspropaganda gegen Kurden in der Türkei im Allgemeinen und die kurdische Arbeiterpartei im Besonderen neu entfacht, die politisch für die menschliche Emanzipation von Kapital und Staat kämpft. Das bedeutet in ihrem Fall zuallererst die Loslösung von der Türkei und politische Autonomie, ohne dass dadurch ein Staat entsteht. Die Hasspropaganda zielt darauf ab, den kollektiven Narzissmus der Türken zu entfachen und ihn bis zur Vernichtungswut gegen diejenigen, die mit der kollektiven Identität nicht identisch sind und deswegen zu Feinden erklärt werden, zu steigern. Die Rechnung ging auf: Erdogan annullierte die demokratische Wahl, deren Ergebnis ihm nicht gefiel und ließ fünf Monate später neu wieder wählen mit dem Ergebnis, dass die islamistische AKP die absolute Mehrheit zurück gewann. Danach begannen sogleich militärische Vernichtungsaktionen gegen die Kurden mit dem erklärten Ziel, all jene Kurden zu liquidieren, die mit der kurdischen Arbeiterpartei sympathisieren oder sich aus anderen Gründen nicht bedingungslos zur türkisch-islamischen Volksgemeinschaft bekennen; und schlechterdings jeder Kurde steht unter dem Verdacht, zu dieser Gruppe zu gehören. Seitdem wird in der Türkei wieder Massenmord betrieben, diesmal gegen die Kurden, die sich keinerlei Verbrechens schuldig gemacht haben, und es ist zur Zeit nicht abzusehen, ob der Massenmord an Kurden nicht dieselben Dimensionen annehmen wird wie im Ersten Weltkrieg der Massenmord der türkischen Nationalisten an den Armeniern, den das türkische AKP-Regime bis heute mit demselben Scheinargument bestreitet, wie den soeben begonnen Massenmord an Kurden in der Türkei. Wieder heißt es: Die Vernichtungsaktionen gegen die Kurden seien kein Verbrechen gegen eine Minderheit mit anderer Sprache, anderer Kultur und dem Wunsch, anders und freier zu leben, als es dem islamistischen Regime ge-

fällt, sondern sie seien ein legitimer Krieg um berechnete türkische Interessen, den andere, insbesondere aber Deutschland zu akzeptieren hätte, wenn das türkische Regime der Bundesregierung die unangenehme Aufgabe abnehme, an ihrer statt und mit ihren Mitteln ein Problem zu lösen, das zu lösen eigentlich ihre Aufgabe wäre. Das blutige Kalkül des AKP-Regimes geht auf: Europa, allen voran die Regierung Merkel/Gabriel, ist mit der Auslagerung der Grenzkontrolle gegen Flüchtlinge in die Türkei beschäftigt, anstatt es in die eigene Hand zu nehmen. Da möchte man sich auf keinen Fall den Mund verbrennen, kuscht und erlaubt sich kein kritisches Wort über das Massenmorden an Kurden in der Türkei, sondern glaubt lieber ganz fest an die Wahrheit der eigenen Lügen über die kurdische Arbeiterpartei und das islamistische Regime in der Türkei. Man hat schließlich, wie es das moralfreie Exekutivorgan deutscher Interessen par excellence, Innenminister de Maizière, kürzlich im Deutschen Fernsehen zur besten Sendezeit kundtat, seine gebieterrischen „Interessen“: Wörtlich: „Wir haben Interessen und die Türkei hat ihre Interessen“ und, so ging es dem Sinn nach weiter: da passt es eben nicht, wenn „wir“ die Türkei wegen ihrer Kurdenpolitik kritisieren.

Angesichts dieses Zynismus der deutschen Politik verschlägt es einem die Sprache. Das politische und wirtschaftliche Establishment – „Wirtschaft“ ist hierzulande ein Synonym für „Kapital“ – wäscht seine Hände in Unschuld, während es draußen in der Türkei das Morden billigt um des Erfolges seiner verantwortungslosen Flüchtlingspolitik willen und sich insgeheim vielleicht sogar am Morden beteiligt, weil die in der Türkei stationierten Aufklärungstornados den türkischen Militärs zuarbeiten und die in der Türkei zum Morden benutzten Waffen „made in Germany“ sind.

#### **4. Links-rechte Querfront**

Noch unerträglicher wird dieser an sich schon unerträgliche Zustand dadurch, dass nahezu die gesamten Medien hierzulande diese Politik des Unrechts und der Drückebergerei vor den Verpflichtungen, die mit der Souveränität des demokratischen Rechtsstaates als Inhaber des Monopols legitimer Gewaltanwendung verbunden sind, als humane Flüchtlings- und Friedenspolitik feiern, die aller Welt als Beispiel dienen sollte, als gelte nach wie vor: „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Dadurch wird der unerträglich schlechte Zustand nahezu alternativlos. Weil es eine emanzipatorische, mit jeglichem Antisemitismus unvereinbare, rücksichtslos gesellschaftskritische Linke hierzulande schon seit längerem nicht mehr gibt, ist die einzige vermeintliche Alternative, die sich unter solchen Verhältnissen noch bilden kann, eine faschistische oder nazistische Querfrontbewegung, also dasselbe noch einmal, aber brutaler, rücksichtsloser, offen antisemitisch und fremdenfeindlich, das noch Schlechtere als Alternative zum bestehenden Schlechten. Die neuen Faschisten sind wie die alten nicht aus eigener Kraft stark, sondern sie sind stark wegen der dramatischen Schwäche der Linken, die sich zuvor schon unter dem Druck, sich im Betrieb der Staatsparteien den anderen anzupassen, um an die Futtertröge der Macht zu gelangen, die Grundlagen der radikalen, emanzipatorischen Gesellschaftskritik fallen gelassen und vergessen hatte und dadurch allmählich immer mehr zu einer Querfrontlinken geworden ist, deren Parolen heute mitunter denen der rechten Querfront zum Verwechseln gleichen. Das lässt sich zur Zeit sehr gut am Verhältnis der politischen Parteien zum Russland Dugins und Putins beobachten, das sowohl von der so genannten Linkspartei (mit Wagenknecht als Sprachrohr) als auch von der neofaschistischen Alternative (AfD) und der CSU hofiert wird, obgleich doch eben dieses Russland mit dem

vernichtungs-antisemitischen Regime in Teheran und dem mörderischen Assadregime in Syrien liiert ist. Mit einem Regime, das dem IS an Mordbereitschaft um der bloßen Selbstbehauptung willen in nichts nachsteht, mit Massenbombardements auf Zivilisten los geht, die keine IS-Anhänger sind und sich nichts anderes haben zu „schulden“ kommen lassen, als dass sie nicht mehr unter Assads Regime leben wollen, und das den größeren Teil jener syrischen Flüchtlinge produziert, die die völkische Alternative und CSU an der Grenze abweisen möchten. Dass die deutsch-völkische Alternative von diesem russischen ideologischen Regime begeistert ist, kann nicht überraschen. Sie erkennen in dem dortigen ideologischen und politischen Führungspersonal zu Recht ihresgleichen wieder. Denn der ideologische Meister der eurasischen konservativen Revolution aus Russland, Dugin, macht nichts anderes, als die hierzulande vor rund 100 Jahren hegemoniale deutsch-völkische Ideologie der „konservativen Revolution“, die im kollektiven Halbbewusstsein fortwest, ins Russische zu übertragen und mit dem dortigen orthodoxen Christentum zu amalgamieren, während Putin die Lehren des politischen Propheten in die Tat umsetzt wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet und für dieses Werk gleich gesinnte Mitstreiter vor allem in Frankreich (FN) und Deutschland sucht und sie auch findet - nicht nur in der AfD und CSU, sondern auch in der Linkspartei und unter Sozialdemokraten (auf der politischen Linie Gerhard Schröders, den Helmut Schmidt stets unterstützte). Mit Überraschung und Unverständnis reagiert manch einer aber darauf, dass die Ansichten Linksdeutscher, deutsch-völkischer Alternativer und deutsch-konservativer Revolutionäre (aus der CSU) zum Verwechseln ähnlich sind, wenn es um das Verhältnis zum Russland Putins und Dugins und zu den mit diesem Russland verbündeten vernichtungs-antisemitischen Regimen des Irans und Assads in Syrien geht, und dass die diesbezüglichen

che ideologische Gleichschaltung, gepaart mit einem tief sitzenden antiwestlichen und antiisraelischen Affekt, bis weit in die SPD (Schröder, Gabriel und übrigens auch CDU) reicht. Solch Unverständnis zeigt aber nur an, wie inhaltslos die Zuschreibungen „rechts“ und „links“ heutzutage geworden sind, und das, was sich als „links“ gibt und von den Medien der deutschen Volksaufklärung und Propaganda als „links“ definiert wird, von der Sache her der Ideologie der deutschvölkischen, konservativ-revolutionären Ideologie sehr viel näher steht als der rücksichtslosen Herrschaftskritik des ungerechten Bestehenden, wie sie die kritische Theorie der Gesellschaft übt, deren Kern die Kritik der politischen Ökonomie und die im Lichte dieser Kritik gelesene und für die Kritik eingesetzte Psychoanalyse ist. Ich habe auf diese inhaltliche Verschiebung bereits 1994 in meinem Vortrag „Die neue Rechte und ihr (pseudo) linkes Gegenstück. Kulturrevolution von Rechts im Jargon des linken Kulturrelativismus“ aufmerksam gemacht<sup>1</sup> und verweise die Leser des Artikels darauf, um mir hier Wiederholungen ersparen zu können.

---

<sup>1</sup> Der Vortrag wurde 2005 im damals soeben gegründeten „Kritiknetz – Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft“ unter demselben Titel veröffentlicht. Link: [http://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/neue\\_rechte.pdf](http://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/neue_rechte.pdf). Was in diesem Vortrag oder Aufsatz über den Cheftheoretiker der „neuen Rechten“ in Frankreich, Alain de Benoist, gesagt wird, gilt in gleicher Weise heute für Dugin, den Cheftheoretiker der „neuen Rechten“ in Russland. Das erklärt auch, warum Dugin vehement um die Front National wirbt, für den Alain de Benoists Schriften programmatischen Charakter haben.

## 5. zum deutsch-iranischen Verhältnis

Schließlich ein Wort noch zum deutsch-iranischen Verhältnis. R. Crusius kritisiert zwar empört, dass die Bundesregierung an Saudi-Arabien Waffen liefert, die womöglich in Syrien auf der Seite der Rackets des islamischen Staates zum Einsatz kommen, erwähnt aber mit keinem Wort, dass auf der Seite des alevitisch-schiitischen Assadregimes, das noch üblere iranische Regime mit seinen Revolutionsgarden und die vom ihm unterstützte Hisbollah kämpfen und dass eben dieses iranische Regime seit Jahrzehnten von allen Bundesregierungen unter dem täuschenden Etikett „kritischer Dialog“ hofiert wurde und von Deutschland aus alles bekam, was es bis dato brauchte, um sein religiös grundiertes Programm zur Erlösung der Welt vom Übel des Judentums und der Apostasie in die Tat umzusetzen und absehbar ist, dass das auch so bleiben wird. Selbst als Ahmadi-nedjad nahezu allwöchentlich ankündigte, der Iran werde Israel von der Landkarte tilgen und den Zionismus weltweit ausrotten, redete die Bundesregierung das klein und setzte ihre Politik des unkritischen, gegen das Überleben der Juden angesichts solcher Drohungen absolut gleichgültigen Dialogs fort, als sei nichts gewesen. Man wollte sich schließlich kein Geschäft mit dem sehr viel größeren Partner und die traditionell guten Beziehungen durch ein wirklich kritisches Wort verderben. Sozialdemokraten, Grüne und FDP gingen dabei noch bedenkenloser und rücksichtloser gegen den Juden unter den Staaten vor als die CDU. So ist es auch heute zu Zeiten Merkels noch. Angela Merkel verhält sich gegen den Juden unter den Staaten rücksichtsvoller und gegen den Iran distanzierter als Gabriels SPD, die Grünen, die FDP und von „der Linken“ ganz zu schweigen, die zu einem großen Teil eher eine links gedrehte Rechte als eine emanzipatorische Linke ist. Das ist umso bemerkenswerter, weil die globalen Bedrohungen, die vom iranischen Regime und seinen Verbände-

ten ausgehen, sehr viel bedrohlicher sind als die Bedrohungen, die von Saudi-Arabien ausgehen. Auch geht das Massenmorden in Syrien zum sehr viel größeren Teil auf das Konto des Assadregimes und seiner Verbündeten, und die meisten Flüchtlinge aus Syrien fliehen vor diesem Regime und nur der kleinere Teil vor dem IS. Das bedeutet nicht, dass der IS und die dschihadistische Ideologie nicht auch eine schlimme Bedrohung darstellen, die mit allen Waffen der Kritik zu bekämpfen ist, wohl aber dass das für die andere Seite mindestens genau so gilt und die hierzulande übliche Einseitigkeit nicht mitzumachen ist, das vernichtungsantisemitische iranische Regime unter der täuschenden Bezeichnung „kritischer Dialog“ schön zu reden und auf Saudi-Arabien einzuschlagen. Die Kritik hat beiden zu gelten und eine klare Sprache ist vonnöten. Gerade daran mangelt es aber der deutschen Außenpolitik seit Jahren, die um der guten Geschäfte willen sich partout nie den Mund verbrennen will. Das sieht dann so aus, wie Matthias Küntzel es in seinem Artikel *Biedermann und Brandstifter. Wie Deutschland die Fluchtursachen bekämpft* beschreibt:

„Wie aber sah es mit Steinmeiers Reise nach Teheran und Riad aus? ... Befragt danach, ob Iran Druck auf die auf Seiten Assads kämpfende Hizbullah-Miliz ausüben werde, um eine Waffenruhe zu erreichen, sagte Welajati, es gelte stattdessen, Damaskus dabei zu helfen, dem Druck von Terroristen und ihren Schutzherrn standzuhalten.“ (FAZ, 5. Feb. 2016) Obwohl der deutsche Außenminister vor allem wegen Syrien in den Iran gekommen war, verlor auch er über die iranische Militäroffensive in Aleppo kein Wort. Er äußerte sich auch nicht zu den Raketentests, den Massenhinrichtungen oder der kampagnenmäßig betriebenen Holocaust-Leugnung im Iran. Stattdessen bat er den iranischen Präsidenten Hassan Rohani 'bei seiner nächsten Europa-Reise auch Deutschland als Besuchsziel mit in den Blick zu nehmen' (FAZ, 4. Feb. 2016). Er

tat, als sei das Terror-Regime ein x-beliebiges Land wie Dänemark oder Belgien und betonte, ‚dass die bilateralen Beziehungen von riesengroßem Interesse und Neugierde beiderseits geprägt seien.‘ Das betreffe den wirtschaftlichen Austausch ebenso wie die Bereich Wissenschaft und Kultur. ...Die Steinmeier-Reise war, gemessen an ihrem Anspruch, ein Misserfolg per excellence. Die Spannungen, die man zwischen Riad und Teheran vermindern wollte, haben sich verschärft. Der syrische Friedensprozess wurde nicht gefördert, sondern sabotiert und die Flüchtlingsbewegung nicht gestoppt, sondern vergrößert. Für einen „ehrlichen Makler“, als den sich Berlin gern sieht, ist das keine gute Bilanz. Und doch räumt Berlin das Scheitern seiner Mission auch jetzt nicht ein.

Die Besuche in Moskau und Teheran führen vor Augen, wie Deutschland, das mächtigste und von der Flüchtlingsbewegung am meisten betroffene Land der EU, die Ursachen der Massenflucht 'bekämpft': Die Bundesregierung lügt sich selbst und anderen etwas vor. Sie weigert sich, das russische und iranische Gebaren auf dem syrischen Schlachtfeld zu kritisieren. Sie scheut gar davor zurück, es auch nur zu benennen.

Stecken kommerzielle Interessen hinter diesem Kurs? Immerhin drängt besonders Siemens-Chef Joe Kaeser auf einen Rohani-Besuch in Deutschland und findet bei Gabriel und Steinmeier offenes Ohr. (Der Spiegel, 30. Jan. 2016) Oder haben wir es mit einem Realitätsverlust, kombiniert mit Wunschdenken

und Selbstbetrug zu tun? Oder fehlt der Bundesregierung einfach nur der Mut, einzuräumen, dass sie sich bei der Wahl ihrer Wunschpartner in Moskau und Teheran geirrt hat? Wie dem auch sei, der Effekt bleibt in allen Fällen gleich: Der Verzicht auf Kritik ermutigt Russland und den Iran, die Syrienkrise weiter zu verschärfen und immer mehr Menschen in die Flucht zu treiben."<sup>2</sup>

Offensichtlich haben auch andere mittlerweile verstanden, was von dieser Außenpolitik zu halten ist, die fortwährend sich selbst und andere belügt, und dass für den deutschen Außenminister „die Würde des Menschen“ im Geschäftemachen um jeden Preis besteht.

Zum Schluss ein Wort von Uli Krug zur Situation der Flüchtlinge:

"Refugees sind nicht der wohlfeile, von einer verrohten Geschichtsphilosophie begehrte Ersatz fürs Proletariat, auf das die kapitale Herrschaft einst als lebendiges Substrat noch angewiesen war; sie sind genauso überflüssig wie Du und ich. Deshalb gilt ungebrochen das, was Wolfgang Pohrt vor mehr als einem Vierteljahrhundert in seinem Essay *Der moderne Flüchtling. Über 'Ambler by Ambler'* notierte:

'Ähnlich wie heute, wo 100.000 zusätzliche Menschen in der BRD eine vernachlässigbare Größe wären, während 100.000 Asylbewer-

ber, denen das Recht auf Freizügigkeit wie auf Arbeit entzogen wurde, bereits jetzt einen die Grundrechte unterminierenden Sonderfall darstellen und sich tatsächlich zu dem sozialen Problem entwickeln können, als welches man sie betrachtet; ähnlich wie heute also wurden damals (in der Dekolonialisierungs-Ära ab 1918; (U.K.) die Flüchtlinge zu einem destabilisierenden Element durch Behandlung, die ihnen widerfuhr. Festgehalten im Stand der Rechtlosigkeit, welcher den der Gesetzlosigkeit einschließt, waren sie das anschaulichste Beispiel für das Schrumpfen des Geltungsbereichs von Gesetzen, für Zersetzungerscheinungen im Bereich staatlicher Kontrolle über die Bevölkerung und überhaupt für die wachsende Unfähigkeit des überkommenen Sozialgefüges, das Leben der Menschen in geregelten Bahnen zu halten.' (W. Pohrt, Ein Hauch von Nerz. Berlin, 1989)

Das Flüchtlingsregiment abschaffen, das ist tatsächlich die angemessene Parole: aber genau in dem Sinne, dass die Flüchtlinge als solche nicht mehr durch ihren rechtlichen Sonderstatus, durch Lebensmittelgutscheine, Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Sammelunterkünfte kenntlich gemacht blieben, sondern ihnen auf jeden Fall komplette Rechtsgleichheit zuteil würde. Und das ohne Wenn und Aber, ohne Rassisten-Malus, aber auch ohne Migranten-Bonus - samt verquaster Hoffnungen, mit dem 'nacktem Leben' irgendwie linke Politik (weiter)machen zu können. Gleichheit bedeutet deshalb selbstverständlich auch keine kulturalistisch inspirierte Nachsicht für die Spuren, die das autochtho-

---

<sup>2</sup> Mattias Küntzel: MENA-WATCH. Link: <http://www.mena-watch.com/biedermaenner-und-brandstifter-wie-deutschland-die-fluchtursachen-bekaempft/>



ne Milieu, aus dem nicht wenige Flüchtlinge kommen, hinterlassen haben mag, also definitiv keine mildernden Umstände für klassisch patriarchale Verhaltens- und Lebensformen."<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Uli Krug: Refugee Revolution? in: BAHAMAS (68) Frühjahr 2014 S. 25/26

